

Eberhard Hamer

Vor dem finanziellen Abgrund

Welcher Lösungsweg für die Finanzkrise schadet am geringsten?

Ursache der Finanzkrise ist die Dollarschwemme der US-Zentralbank FED, welche zwei Finanzgruppen zu maßloser Geldausgabe verführte:

- Die internationalen Zockerbanken drehten ein immer größeres Finanzrad mit immer dubioseren Finanzprodukten, die sie in die ganze Welt drückten,
- und viele Staaten betrieben eine maßlose Umverteilung auf Kredit, um ihre Bevölkerung mit mehr Wohltaten zu beglücken als sie bezahlen konnten.

Beide unsoliden Finanzgruppen wurden durch wachsende Verschuldung immer abhängiger voneinander: Die Staaten brauchten frisches Kapital, um die soziale Misswirtschaft nicht beenden und keinen Staatskonkurs erklären zu müssen, denn dies hätte Revolution bedeutet. Die Banken wiederum verlangten beim Platzen von durch sie finanzierten Finanzblasen (Immobilienblase, Derivatblase, Kreditblase) Bürgschaft und Hilfe der Staaten, um durch deren Bürgschaften überleben zu können.

Als in den USA die ersten Banken (Lehman Brothers) vor der Pleite standen, hat der amtierende US-Finanzminister Paulson (früher Präsident der berühmten Goldman-Sachs-Bank) den Banken die staatliche Bürgschaft und Finanzierung der USA zugesichert und ihren Konkurs dadurch vermieden. Und als dann auch überschuldete europäische Banken illiquide wurden, hat Paulson auch von den europäischen Regierungen die gleiche Staatshilfe – Rettungsschirme – verlangt. Seitdem haben die Rettungsschirme der zahlungsfähigen EU-Länder für die nicht mehr zahlungsfähigen Banken und Länder auf dem Weg von der Währungs- zur Haftungs- und Schuldenunion in Höhe von 300 Mrd. EURO gemacht. Durch den ESM (offizielle Bezeichnung: Europäischer Stabilitätsmechanismus; inoffiziell: Europäischer Schulden-Moloch) mit weiteren 700 Mrd. EURO und möglicherweise unbegrenztem Haftungsvolumen wurde Europa auch zur Fiskalunion, in welcher nun jeder für jeden haftet und zu zahlen hat.

Die Zahl und die Zahlungsanforderungen der illiquiden Nehmerländer in Europa werden aber immer größer. Erst Irland (dem es jetzt ein klein wenig besser geht), dann Portugal, Spanien, Griechenland, Zypern, bald vielleicht Frankreich und Italien und dann die Banken dieser Länder, auf welche die Haftung und Zahlungspflicht der Geberländer ausgedehnt wurde.

Eine Lösung der Finanz- und Währungskrise ist allerdings durch die Haftungs- und Fiskalunion nur vertagt. Es wurden bisher keine Schulden vermindert, sondern nur vermehrt. Über die Wege einer wirklichen Lösung wird gestritten. Drei Wege werden vor allem debattiert:

Erster Lösungsweg: Europäische Schuldensolidarität

Die USA forderten europäische Schuldensolidarität – die Gesamthaftung der europäischen Staaten und vor allem die Finanzhilfe der noch zahlungsfähigen an die nicht mehr zahlungsfähigen Länder –, weil drei mächtige Interessen dahinter standen:

- Die Mehrheit der 23 überschuldeten Mitgliedsländer Europas drängte die vier noch liquiden Länder zu Hilfszahlungen, weil sie ihre Bevölkerung jahrzehntelang mit übermäßigen Sozialwohltaten verwöhnt und belogen haben und im Fall von Illiquidität (Staatskonkurs) dramatische politische Umwälzungen, möglicherweise Revolutionen, jedenfalls Machtverlust der herrschenden Elite fürchteten.
- Die USA forderten Bürgschaft aller zahlungsfähigen Euro-Staaten für die nicht mehr zahlungsfähigen Euroländer und Banken – alternativlos –, weil die meisten großen europäischen Banken der US-Finanzindustrie gehören und diese mit einer Kettenreaktion nicht nur im europäischen Bankensektor, in Aktienmärkten und in der Kreditwirtschaft rechnet, sondern vor allem auch für die US-Mutterkonzerne und für die mit den faulen Krediten rückbürgschaftsverpflichtete US-Versicherungsindustrie. Deshalb durfte in der europäischen „Rettungspolitik“ keinerlei „private Beteiligung“ – also Verluste der Bankeigentümer und Gläubiger – diskutiert werden. Dass bei Konkurs zuerst die Eigentümer und dann die Gläubiger und schließlich die Kunden verlieren würden – also letztlich die US-Finanzindustrie den Schaden hätte –, musste durch Staatsbürgschaften, Rettungsschirme und den ESM verhindert werden.
- Aber auch das Politikkommissariat in Brüssel wollte eine „Solidaritätslösung“, weil damit die Währungsunion zur Schulden-, Haftungs-, Transfer- und Fiskalunion, zur Zentralgewalt der Brüsseler Kommission über die Euro-Finzen verstärkt wurde. Für Brüssel sollte die Finanzkrise einzelner Mitgliedsländer zentralen Machtgewinn verschaffen.

Das Ergebnis der Rettungsschirme und „europäischen Solidarität“ ist aber keine Lösung der Schuldenkrise geworden, sondern nur deren Verlängerung und Vergrößerung. Die Schulden Griechenlands z.B. haben sich seit Beginn der Finanzkrise von 160 Mrd. auf 380 Mrd. EURO verdoppelt, obwohl 80 Mrd. EURO von den Geberländern erlassen worden sind. In den anderen verschuldeten Ländern gilt die gleiche Tendenz. Die angeblich alternativlose Hilfe vor allem Deutschlands für die internationalen Zockerbanken und für die unsoliden europäischen Länder hat diese zwar vorübergehend vor dem Einzelabsturz bewahrt, letztlich aber nur bewirkt, dass nun solche Euro-Staaten nicht allein illiquide wurden, sondern Schuldner und Bürgen alle gemeinsam überschuldet und zahlungsunfähig werden.

Finanzhilfe wäre aber wie Suchthilfe nur dann echte Hilfe, wenn sie den Patienten zur Abstinenz bzw. die Staaten zu dramatischen Reformen zwingen würde. Im Falle der europäischen Misswirtschaftsländer haben aber deren Regierungen die Auflagen und Reformforderungen der Helferländer als Angriff auf ihr System dargestellt und die Finanzwohltäter – insbesondere Deutschland – als „Staatsfeinde“ ausgegeben, weil diese ihre Hilfe nicht verschenkt, sondern an Bedingungen geknüpft haben!

Immer wird der Darlehensgeber zum Feind des Darlehensnehmers, wenn er auf Rückforderung besteht, auch wenn dies nur theoretisch der Fall ist. Praktisch sind deshalb die in den Rettungsschirmen und dem ESM verhafteten 300 Mrd. EURO verloren – gutes Geld dem schlechten nachgeworfen. Die Krise dagegen schwellt weiter, weil immer mehr Euro-Länder aus Korruption und Misswirtschaft zahlungsunfähig werden, bald auch Frankreich und Italien. Dies wird alle Hilfs- und Bürgschaftsmöglichkeiten der Geberländer, insbesondere Deutschlands, übersteigen, so dass wohl bald eine weitere Vertagung der Endlösung nicht mehr möglich ist, sondern eine Gesamtvereinbarung – also Währungsreform – notwendig wird.

Ergebnis: Die angebliche Solidaritätslösung durch Hilfe zur Fortsetzung von Misswirtschaft und Bankenzockerei ist keine Lösung, hat die Probleme nur vertagt, vergrößert und vergegemeinschaftet und dazu bereits 300 Mrd. EUR gutes Geld dem schlechten unwiederbringlich

nachgeworfen – abgesehen von den wohl ebenfalls verlorenen 700 Mrd. EURO Targetdarlehen Deutschlands.

Zweiter Lösungsweg: Schulden in Geldmenge ertränken

Die US-Regierung steht selbst vor den größten Verschuldungs- und Liquiditätsproblemen ihrer Geschichte. Sie braucht mehr als 400 Mrd. Dollar jährlich Zufluss aus dem Ausland, um überhaupt zahlungsfähig zu bleiben, und hat größte Exportprobleme, weil das Land zu teuer ist. Die US-Regierung fürchtet aber jede Rezession, weil diese nicht nur alle Finanzprobleme noch verschärfen, sondern auch – bei über 50 % Sozialhilfeempfängern der Bevölkerung – soziale Unruhen bringen würde. Es darf also aus beiden Gründen keine Rezession in den USA geben. Dies wird verhindert durch die Geldmengenvermehrung der FED. Sie soll und will „die Schulden in zusätzlicher Geldmenge ertränken“. Damit würde zwar ebenfalls kein Problem gelöst, aber Zeit gewonnen. Die amerikanische Regierung hofft, durch eine Investitionsoffensive den maroden Produktionssektor wiederbeleben und mit eigener Ölautarkie die Ölpreise für die anderen Länder ungefähr verdreifachen, um damit also Umsatzeinnahmen und Exportvorteile wieder zurückzugewinnen zu können.

Auf amerikanischen „Druck“ haben ebenso die Europäische Zentralbank (EZB) und die Bank von Japan ihre Geldschleuse geöffnet, arbeiten so gemeinsam an der Entwertung der Schulden durch Gelddrucken, was nichts anderes ist als kommende Inflation. Tatsächlich könnte man bei 10%iger Inflation in 5 Jahren die Nominalschulden um die Hälfte entwerten – wenn keine anderen Folgewirkungen auftreten würden!

Geldmengenvermehrung und Inflation sind aber wiederum keine Endlösung des Schuldenproblems, sondern ebenfalls nur Zeitgewinn bei verstärkten Folgewirkungen, weil

- das durch die Inflation steigende Preisniveau eine Entwertung, also Enteignung von Geldvermögen darstellt, auch die Renten, Löhne und Sozialleistungen der unteren Bevölkerungsschichten entwertet, also eine Umverteilung von Sparern, Einkommens- und Rentenbeziehern auf Sachwerteigentümer darstellt.
- Bei steigender Geldmenge selbst Zentralbanken den Zins nicht ständig manipulieren können, weil der Markt ihn sprengt. Der Zins liegt normal immer über der Inflationsrate, steigt also diese immer schneller, wird auch der Zins darüber hinaussteigen und dadurch die Schuldenlast von Staaten und Privatleuten dramatisch vermehren – bis es zum Knall (einer Währungsreform) kommt.
- Mit steigender Geldmenge und Inflation kann zwar die Rezession zur Scheinblüte umgedreht werden, will man aber die Preissteigerung irgendwann stoppen, muss dennoch auf höherer Ebene Deflation, also Rezession der Konjunktur, folgen. Selbst wenn es später gelänge, die Beschleunigung der Inflation zu stoppen, hätte man nur Zeit gewonnen, nicht aber das Schuldenproblem gelöst.

Fazit: Auch der amerikanische Weg einer Geldflutung löst das Schuldenproblem nicht, sondern verlängert es nur vorübergehend, verstärkt jedoch letztlich die Schulden und die Lösungsprobleme.

Dritter Vorschlag: Individuelle Schuldenlösung

Die Hilfen zum weiteren Schuldenmachen der Länder und der Zockerbanken sind keinesfalls „alternativlos“ und unsere Euro-Währung müsste nicht durch Inflation entwertet werden, wenn man in der Finanzkrise wie im privaten Leben das Verursacherhaftungs- und Selbstverantwortungsprinzip einführen würde.

Wenn im privaten Leben ein Unternehmer über seine Verhältnisse lebt und sich überschuldet, wird er kaum Helfer finden, die für weitere Schulden bürgen und dem „schlechten Geld gutes nachwerfen“. Ein Schuldner ist sogar gesetzlich verpflichtet, bei Überschuldung oder Zahlungsunfähigkeit sofort Insolvenz anzumelden, um nicht auch andere noch mitzureißen.

Warum sollen nun plötzlich die Banken für ihre verantwortungslosen Finanzgeschäfte nicht mehr selbst Verantwortung tragen? Warum soll der Markt um unsolide Schuldner nicht bereinigt werden? – Wie es in allen Lehrbüchern der Marktwirtschaft als Sanierung erklärt wird!

Um Kleinsparer bei Bankenzusammenbrüchen zu retten, hätte man die Hilfe nicht den Banken, sondern einem Konkursverwalter für die Kleinsparer überlassen müssen. Nur dafür wäre öffentliche Haftung vertretbar gewesen. Nicht vertretbar ist staatliche Haftung für die internationale Finanzindustrie, indem die Zahlungen für Griechenland sofort weiter an die internationale Finanzindustrie statt als Hilfe an die Bürger gingen. Nur den Bankkunden, den Bürgern, statt den Bankeneignern der Hochfinanz hätte man helfen dürfen. Eine Bankenrettung auf Kosten der Bürger und sogar noch auf Kosten ausländischer Bürger war ebenso theoretisch wie moralisch falsch, weil die schuldigen Bankenkonzerne ihre Schulden dadurch auf unschuldige und unbeteiligte Bürger ganz Europas ablasten durften.

Jetzt bricht auf, dass die Währungsunion die nationalen Unterschiede in der Produktionsstruktur der Lohnkosten, Sozialsysteme und der Sozialversorgung keinesfalls harmonisiert, sondern schleichend verschlimmert hat. Mit jahrzehntelangen EU-Subventionen wurden Korruption und Misswirtschaft in den Schuldenländern ständig verstärkt, sind ihre Schulden ständig gestiegen und wurden Reformen bei den Produktionskosten und Sozialsystemen vermieden. Der Euro war also ein Mantel, unter dem wachsende Faulstellen entstanden, aber lange nicht sichtbar wurden. Nun brachen sie auf und Europa soll sie durch einen neuen Mantel verdecken.

Der Euro als Mantel

Der Euro schadet als Gemeinschaftswährung nur dann nicht, wenn er die nationale Sanierung der überschuldeten Länder individuell zulässt. Behindert er sie dadurch, dass die Eurokratie die Verantwortung für die Sanierung an sich reißt, ist der Euro schädlich. Die überschuldeten Staaten müssten sich wie in der Privatwirtschaft selbst sanieren, anstatt sich weiterhin als Dauerkranke unterhalten zu lassen

Man kann darüber streiten, ob die konkursreifen Südländer eine eigene Eurowährung, dagegen die gesunden Nordländer eine andere haben sollten (Henkel), oder ob für die Schuldenländer eine eigene nationale Währung unter dem gemeinsamen Schirm des Euro – nur noch als Verrechnungseinheit – durchführbar wäre (Hans-Olaf Henkel), oder ob die überschuldeten Länder erst einmal mit Staatskonkurs aus dem System ausscheiden, sich sanieren und dann nachher wieder zurückkehren sollen (Starbatty).

Univ.-Prof. Dr. Bernd Lucke und die AfD (Partei „Alternative für Deutschland“) dagegen setzen auf wachsenden Streit zwischen den Geldmengenvermehrung und Inflation wünschenden verschuldeten Euro-Staaten einerseits und den drei zur Währungsstabilität verpflichteten Staaten – insbesondere Deutschland – andererseits, der dazu führen könnte, dass die Schuldnerländer das Bremsen der Gesunden nicht mehr tragen und diese zum Verlassen des Euro-Systems auffordern werden. Ein Austritt Deutschlands könnte sogar innenpolitisch erzwungen werden, sobald die Menschen den Schuldensumpf merken und erleiden müssen. Dass auch die internationale Hochfinanz dieses Szenario zu wünschen beginnt, zeigt die wachsende Kritik an den deutschen Exportüberschüssen.

Allen diesen Vorschlägen ist gemeinsam, dass nicht länger gutes Geld dem schlechten hinterher geworfen und den schlechten Schuldnern weitere Misswirtschaft ermöglicht werden soll, sondern dass sie Verantwortung für ihre bisherige Misswirtschaft übernehmen, sich selbst sanieren, dies jedenfalls nicht auf andere abladen sollen.

Es ist allemal besser, wenn man in einem System die Gesunden noch gesund erhält, als sie mit der Krankheit ebenfalls zu infizieren und damit einen gemeinsamen Untergang zu riskieren.

Allerdings hat auch dieser Alternativvorschlag den Nachteil, dass ihm nicht schon zu Anfang der Krise gefolgt wurde. Inzwischen nämlich sind über Bürgschaften bei den konkursreifen

Ländern schon über 300 Mrd. EUR im Feuer, die wir also im Falle deren Konkurses nicht wiederbekommen würden.

Und auch unsere Exportwirtschaft hat recht, wenn sie im Falle einer wieder nationalen Währung eine Aufwertung und damit Exportschwierigkeiten befürchtet. Dies wäre aber billiger als weitere Erhöhungen der Targetguthaben (700 Mrd. EUR) bei der Euro-Bank, mit denen wir Exporte praktisch auf eigene Kosten in der Welt verschenkt haben, weil wir sie nie mehr bezahlt bekommen.

Verantwortung für die nächste Generation

Am Anfang hätten wir eine für Deutschland billige Lösung der Finanzkrise haben können, nämlich die dritte Alternative, wie oben beschrieben. Inzwischen haben wir jedoch so viel gutes Geld dem schlechten hinterher geworfen, dass unser Schaden mehr als das Brutto-sozialprodukt dreier Jahre beträgt!

Trotzdem ist unter den diskutierten Lösungswegen der dritte immer noch der billigste. Die Forderung der „Alternative für Deutschland“, die im ESM verankerte Haftungs-, Transfer-, Finanzunion zu kündigen, dürfte eine notwendige Maßnahme sein, wenn Deutschland nicht weiter gutes Geld für angebliche Hilfen in den Abgrund werfen will. Die anderen bisher favorisierten Wege bringen keine Lösung, sondern führen zum gemeinsamen Untergang bzw. zur Währungsreform.

Es ist eben ein Trugschluss zu meinen, dass Bürgschaften nie zu Zahlungen werden. Wer die von ihm übernommenen Bürgschaften dann, wenn sie schlagend werden, nicht zahlen kann, geht mit den Schuldnern unter. Dies sollte im Interesse der nächsten Generation verhindert werden!